

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 10.11.2020)

**Titel:** Still Not Loving Polizeigesetz NRW

## Antragstext

### 1 Still Not Loving Polizeigesetz NRW

2 Nach dem freiheits- und grundrechtsfeindlichen Neuen Polizeigesetz NRW, das im  
3 Dezember 2018 mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD verabschiedet wurde, plant  
4 die Landesregierung mit dem 7. Änderungsgesetz zum Polizeigesetz NRW erneut eine  
5 Verschärfung des Polizeirechts.

### 6 Bodycams? Nein Danke!

7 Eine Maßnahme, die durch das neue Polizeigesetz in Kraft treten würde, wäre die  
8 Verwendung von Bodycams. Diese sollen unbefristet in das Repertoire der Polizei  
9 NRW aufgenommen werden und sollen unter anderem Polizist\*innen ein stärkeres  
10 Gefühl von Sicherheit vermitteln.

11 Ein weiterer Effekt wäre, dass die Kameras etwaiges Fehlverhalten der Polizei  
12 dokumentieren würde. Dies könnte bei der Strafverfolgung von Polizist\*innen eine  
13 erhebliche Hilfe darstellen.

14 Das Kernproblem aber, dass Polizist\*innen weiterhin gegen Kamerad\*innen und  
15 Kolleg\*innen ermitteln müssten, bleibt dadurch allerdings bestehen. Deshalb  
16 bleibt eine höhere Aufklärungsquote bei polizeilichen Gewaltdelikten weiterhin  
17 fraglich.

18 Denn selbst bei aktuellen Fällen von Polizeigewalt, landet nur ein geringer Teil  
19 vor Gericht, da Polizist\*innen immer noch gegen Kolleg\*innen und Freund\*innen

20 ermitteln müssten. Der Einsatz von Bodycams wird daran auch nichts ändern.

21 Weiterhin entscheiden allein die jeweiligen Polizist\*innen, wann, wo und wie  
22 gefilmt wird und was ungefilmt bleibt.

23 Da die Videosequenzen nie das gesamte Geschehen überblicken können und sich auf  
24 den gespeicherten Sequenzen oft nicht der gesamte Geschehensablauf findet,  
25 sondern meist eine verkürzte Version, besteht die Gefahr, dass durch Bodycams  
26 verzerrte Bilder ihren Weg in die Gerichte finden, anstatt für eine höhere  
27 Aufklärungsquote zu sorgen.

28 Ein weiteres großes Problem ist, das die Polizei dadurch die Möglichkeit hat  
29 große Mengen von Daten zu sammeln. Menschen, die gefilmt worden sind haben dabei  
30 allerdings keinen Anspruch auf Sichtung des Videomaterials. Dabei werden  
31 zwangsläufig auch Dritte gefilmt und ihre Gesichter zusammen mit der  
32 Information, an welchem Ort sie sich wann aufhielten auf Polizeirechnern  
33 gespeichert.

34 Der Preis für Bodycams, die unsere Freiheit einschränkt und unsere Grundrechte  
35 tangieren ist für ein fadenscheiniges Sicherheitsgefühl für Polizist\*innen zu  
36 hoch! Wir bezweifeln, dass sie das Bedürfnis der Beamt\*innen nach Sicherheit  
37 erfüllen können. So besagt beispielsweise der Abschlussbericht der  
38 Evaluationsstudie zum Bodycameinsatz in NRW, dass Bodycams nicht mehr Sicherheit  
39 für Polizist\*innen bringen.

40 Bodycams sind also weder zum Schutz von, noch zum Schutz vor Polizist\*innen  
41 dienlich.

42 Es muss also andere Wege zur Gewaltprävention seitens der Polizei geben.

43 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert deshalb die sofortige Wiedereinführung der  
44 Kennzeichnungspflicht für Polizist\*innen und unabhängige Beschwerde- und  
45 Ermittlungsstellen für Opfer von Polizeigewalt und polizeilicher Willkür.

#### 46 **Gegen Fixierungen im Polizeigewahrsam!**

47 Weiterhin soll das Gesetz Fixierungen im Polizeigewahrsam regeln.

48 Während wir zunächst begrüßen, dass die Landesregierung diese nun endlich unter  
49 Gesetzesvorbehalt stellt, lehnen wir den Einsatz von Fixierungen als Maßnahme im  
50 Polizeigewahrsam ab.

51 Auch nehmen wir besorgt zur Kenntnis, dass längerfristige Fixierungen durch  
52 eine\*n Richter\*in angeordnet sein müssen, kurzfristige jedoch nicht. Wir  
53 fordern, dass jegliche Fixierungen, egal wo, egal wie lang, immer unter  
54 Richter\*innenvorbehalt stehen müssen!  
55 Dieser muss sofort erfolgen, sollte das nicht möglich sein, ist ein  
56 Richter\*innenvorbehalt unverzüglich nachzuholen.

57 Fixierungen, v.a. sogenannte 7-Punkt- und 5-Punkt-Fixierungen zählen zu den  
58 schwersten Grundrechtseingriffen überhaupt und bergen ein großes  
59 gesundheitliches und psychisches Gefährdungspotential, gerade bei dem Einsatz von  
60 Fesseln aus Metall.

61 Bei jeder Anwendung von Fixierungsmaßnahmen braucht es daher die sachgerechte  
62 Anwendung und Behandlung, sowie eine stetige Überwachung durch medizinisches und  
63 psychologisches Fachpersonal vor Ort.

64 Dies kann nicht im Polizeigewahrsam sichergestellt werden.

65 Daher fordert die GRÜNE JUGEND NRW ein sofortigen Stopp jeglicher Fixierungen in  
66 Polizeidienststellen.

67 Sowohl der Einsatz von Bodycams, als auch Fixierungen im Polizeigewahrsam  
68 stellen weitere autoritäre Verschärfungen und einen Eingriff in Freiheits- und  
69 Persönlichkeitsrechte dar.

70  
71 Die neusten Verschärfungen stehen nicht in einem luftleeren Raum, sondern sind  
72 eingebettet in eine Vielzahl von Rechtsverschärfungen bis hin zum in Teilen  
73 verfassungswidrigen Gesetzespaket von 2018.

74 Wir lehnen jede Polizeirechtsverschärfung ab und fordern die Landesregierung  
75 auf, einen Politikwechsel einzuleiten hin zu einer Innenpolitik, die unsere  
76 Freiheit schützt, anstatt sie für vermeintliche Sicherheit zu beschneiden.  
77 Dazu gehört auch, dass eine Rechtsgrundlage für Einweisungen in leerstehende  
78 Wohnungen ins PLG NRW Einzug erhält.

## **Begründung**

erfolgt mündlich